

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 14. Oktober 1905.

№ 120.

Die Kathedersozialisten.

II.

Diesem Gegenstande folgte die Behandlung der „Kartellfrage“. Hierzu hatte Professor Gustav Schmoller das Referat übernommen. Er meinte, wenn die wirtschaftliche Entwicklung so weiter ginge, „gelangten wir nolens volens in den sozialistischen Zukunftsstaat“. Habe doch seinerzeit ein hervorragender sozialdemokratischer Führer in Amerika dem Herrn Morgan, der ein Unternehmen von 30 Milliarden leitet, geschrieben, daß er der Welt gezeigt habe, wie der sozialistische Staat errichtet werden könne. Zum Vergleiche sei erwähnt, daß sämtliche Aktiengesellschaften in Deutschland mit etwa 30 Milliarden Kapital „arbeiten“, während in Amerika allein 80 Milliarden auf die Trusts und Eisenbahngesellschaften entfallen. Die Kartelle und Syndikate in Deutschland hätten die freie Konkurrenz im Wirtschaftsleben auszuschließen und die Preise in die Höhe zu treiben zum Endziele. Entwickelte sich durch die Kartelle immer mehr ein Monopolwesen, sei andererseits durch die Syndikate die Preissteigerung eine geradezu tolle. So seien z. B. die Kohlenaktien von 40 bis 50 auf 300 bis 400 Proz. im Preise gestiegen. Weil durch die Kartellbildung die Gewerbefreiheit immer mehr eingeschränkt werde, sei zu verstehen, daß der Ruf nach Verstaatlichung immer lauter erschalle. Jedenfalls müsse der Staat Einfluß auf die Kartelle gewinnen. Darin gipfelte das Referat Schmollers. Er verlangte eine größere staatliche Kontrolle für die kapitalistischen Organisationen der Kartelle, Syndikate, Konventionen und Trusts, diesen Nischenaktiengesellschaften; außerdem bei Aktiengesellschaften mit über 75 Millionen Aktienkapital die Abführung eines bestimmten Prozentsatzes des Gewinnes in die Staatskasse und die Entsendung von Staatsbeamten in die Aufsichtsräte. In acht umfangreichen Zeitschriften begründete dies der Referent des näheren, doch dünkt uns, daß auf diesem Gebiete durch eine immerhin nur indirekte Einwirkung unsrer Bürokratie eine Besserung für die Allgemeinheit nicht zu erzielen ist. Sind die Dinge einmal so weit gediehen wie auf dem Kohlenmarkte, dann bleibt nur die Verstaatlichung als der Weisheit letzter Schluß. Es liegt einmal in der Entwicklung der Dinge, daß derartige Erscheinungen untrennbar mit der gegenwärtigen Produktionsweise verbunden sind, und daß erst das Ganze in Gefahr geraten muß, ehe allseitig zu einer Abwehr geschritten wird; sei es gegen die Auswüchse, sei es gegen „das Ding an sich“. Wie die „Hibernia“-Angelegenheit zeigt, ist der Staat noch lange nicht gewillt, hier im Interesse des allgemeinen Wohles einzuschreiten; vielleicht wird aber einmal der übergeschnappte Herrendümel der in Betracht kommenden Kräfte sich selbst ans Messer liefern. Wie man aber auch diese wirtschaftlichen Gebilde beurteilen möge, sie sind zwingende Erscheinungen aus den Verhältnissen selbst. „Alle höhere Kultur und Vergesellschaftung führt wie zu immer größeren Staaten, so zu größeren zentralisierten Wirtschaftsbetrieben und deren Zusammenfassung.“ Schmoller sagte im Wesen der Sache:

Diese Bewegung, welche die Aktiengesellschaften, die Kartelle und die Trusts erzeugte, hat ihre Rechtfertigung in der bessern Anpassung der Produktion an den Bedarf, in einer Preisbildung, die geringere Schwankungen zeigt, die Krisen und Bankrotte beseitigt oder an Zahl und Intensität beschränkt. Sie hat ihre Rehrseiten in der sehr starken Vermögenskonzentration, in der Bildung von wirtschaftlichen Machtorganen, welche, nach Monopolstellung und Ausschaltung der Konkurrenz strebend, nicht immer ihre Macht auf dem Markte richtig gebrauchen, die Preise der kartellierten Produkte im Durchschnitte erhöhen; ferner in der Verwandlung von Tausenden kleiner Geschäfte und Handlungen in abhängige Organe der Kartelle und Trusts; endlich in der Möglichkeit, daß die großen zentralistischen Organisationen wie die Verbraucher, so auch die Arbeiter ungünstiger behandeln. Die Mißstände sind am größten, wo neben der Produktion der ganze Verkehr (Eisenbahnen usw., Banken) in die Hände streng zentralistischer, spekulierender, privatwirtschaftlich egoistischer Gewinnorganisationen fiel; wo nicht genossenschaftliche Kartelle, sondern Trusts resp. Nischenaktiengesellschaften sich zu diesem Zwecke gebildet haben; wo Produktion, Verkehr und Bankwesen gleichmäßig und gemeinsam das Monopol des selben engen Kreises weniger Milliarden würden wie in den Vereinigten Staaten. Hier wirkte die Zentralisierungstendenz neben dem technisch-betriebsmäßigen Fortschritte vielfach doch auch wirtschaftlich, politisch und moralisch forumpierend; sie erzeugte wenige Ueberreiche und Millionen Verarmender; sie gab Anlaß zu künstlichen und widerlichen Preismanövern, da die Beherrscher der Geschäfte und Märkte die Preise beliebig herauf- und herabdrücken konnten; sie beförderte maßlos das Vorkippen und die Kapitalverwässerung. Noch gefährlicher als in den Vereinigten Staaten wäre eine solche Entwicklung in Deutschland, weil hier manche Korrekturen und Gegengewichte fehlen, welche dort die Uebelstände mildern.

Die Vorschläge Schmollers, womit er glaubt, eine gefährdrohende Entwicklung der Kartelle, Syndikate und Trusts verhindern zu können, sind ein Schlag ins Wasser. Er verlangt, wie bereits erwähnt, daß in den Aktiengesellschaften mit über 75 Millionen Aktienkapital im Aufsichtsrate ein Viertel der Stimmen Personen zu übertragen sei, welche der Reichskanzler und die Landesregierung (je zur Hälfte) als solche bezeichnen. Ja, was sollen diese Personen für eine Tätigkeit entfalten, wenn man die Grundlagen nicht antasten will, welche diese Organisationen zur Basis haben? Um Schwindelmandver und wahnsinnige Spekulationen zu verhindern (siehe Leipziger Bankrott), dazu bedarf es nur eines tätigen Aufsichtsrates, der ja das größte Interesse daran hat, daß solche Dinge vermieden werden; im übrigen aber bleibt nur die gesetzlich zulässige Tätigkeit übrig, die mehr und mehr „eine Revolutionierung der Verfassung der deutschen Volkswirtschaft“ zur Folge hat, wogegen weder ein Kraut noch eine Regierung gewachsen ist. Wäre Schmoller nicht ein so ernst zu nehmender Gelehrter, möchte man seinen Vorschlag lächerlich nennen. Diese Entwicklung ist eben notwendig, um in ihrer äußersten Konsequenz in den Sozialismus umzuschlagen. Was hier bitter nottut, ist, daß man dem Arbeiter de facto das gleiche Koalitionsrecht zubilligt wie den Kartellen. Organisation gegen Organisation muß hier die Parole sein! Während aber der Staat den Massen als Produzenten und Konsumenten ruhig das Fell über die Ohren ziehen läßt, unterstützt er außerdem noch diese „wenigen Ueberreichen“ gegen die „Millionen Verarmender“.

Das Gegengewicht kann nur im Volke und seinen Organisationen gefunden werden, niemals aber in einer Anteilnahme unsers berüchtigten deutschen Bürokratismus in den Aufsichtsräten. Zudem Schmoller nur eine „gewisse“, aber keine „aus-schlaggebende“ Staatsaufsicht, mit anderen Worten ein unschulbiges Pfälsterchen auf eine Lebensgefährliche Wunde legen will. Welche Rolle würden überhaupt in den kapitalistischen Rieseninstituten diese staatlichen „Aufpasser“ spielen? Einfach lächerlich! Diese Halbheiten des Vereins für Sozialpolitik rauben ihm zwar nicht die Sympathie denkender Menschen, wohl aber das Vertrauen, daß durch seine Hilfe etwas Positives erreicht werden könnte. Der weitere Vorschlag Schmollers, daß die Nischenaktiengesellschaften zehn Prozent ihres Gewinnes an den Staat abzuführen hätten, ist blanke Theorie, die sich mit derjenigen der Mittelstandsretter gegen die Warenhäuser und Konsumvereine deckt. Ein Heiterkeitserfolg dürfte die Resonanz sein, welche dieser Vorschlag Schmollers bei den Kartellen und bei den Finanzmännern findet. Andererseits gehen die Scharfmacher in wildester Weise gegen ihn vor. So schreibt die „Konservative Korrespondenz“, daß die Professoren in Mannheim mit den „Bannerträgern der Revolution fraternisiert“ hätten. „Unter solchen Umständen drängt sich die Frage auf, ob es nicht geboten sei, daß die dieser Richtung nicht angehörigen Mitglieder dem Vereine den Rücken kehren und die Professoren mit den ‚Genossen‘ und den Krypto-Sozialdemokraten ‚unter sich‘ lassen. Ferner wird darauf hinzuwirken sein, daß einem Vereine, der die gemein- und staatsgefährlichen Bestrebungen der notorisch revolutionären Sozialdemokratie zu fördern als seine wesentlichste Aufgabe erachtet, die ihm für seine Publikationen bewilligten staatlichen Subventionen entzogen werden.“

Diese wütenden Ausfälle sind zwar ein Ehrenzeugnis für die Kathedersozialisten, aber sie sollten sich dadurch veranlaßt sehen, ihre rein theoretischen Erörterungen zu „revidieren“.

Wie beim ersten Punkte der Tagesordnung waren es auch hier wieder die Vertreter des Großkapitals, jene Leute, von denen das Wort stammt: „Die Minister können uns sonst was“, welche in der unverblümtesten Weise ihren einseitigen Macht- und Herrenstandpunkt vertraten. Als Gegenberichterstatter nahm da zunächst das Wort der bekannte Geheimkommerzienrat Kirdorf-Gesenkirchen, der die Argumente Schmollers mit rauher Hand zerstörte und dann dazu übergang, von den Arbeitern die bedingungsloseste Sklaverei zu fordern. Kirdorf sagte u. a.:

Es ist zu bedauern, daß unsere Arbeiter, jederzeit ihre Stellung wechseln können. Ein Betrieb kann nur gedeihen durch einen stabilen Arbeiterstamm. Ich will nicht, daß die Gesetzgebung uns hierbei zu Hilfe kommt. Wir müssen uns aber das Recht vorbehalten, gegen das häufige Wechseln der Arbeitsstellen Maßnahmen zu treffen. Es ist ja sogar der Vorschlag gemacht worden, sämtliche Arbeiter in Organisationen zu zwingen und die Arbeitgeber zu verpflichten, mit dieser Organisation zu verhandeln. Ich bemerke, daß ich es für meine Person ablehne, mit irgend einer Arbeiterorganisation zu ver-

handeln. Die Arbeiterorganisationen sind sämtlich Kampferorganisationen, die in der Hauptsache politische Zwecke verfolgen. Ich lehne es ab, sowohl mit den sozialdemokratischen als auch mit den sogenannten christlichen Arbeiterorganisationen zu verhandeln, denn ich halte die christlichen Gewerkschaften für noch viel gefährlicher als die sozialdemokratischen. Während die sozialdemokratischen Organisationen wenigstens offen sagen, wohin der Weg geht, daß sie den Einsturz der heutigen Gesellschaftsordnung bezwecken, kämpfen die christlichen Gewerkschaften unter falscher Flagge. Sie kämpfen unter dem Deckmantel des Christentums.

Diese Provokationen Kirddorfs sind eine wirksame Agitation für die Gewerkschaften, denn jeder Arbeiter kann daraus ersehen, wie notwendig wir starke wirtschaftliche Organisationen der Arbeiter brauchen und in ihnen ohne Rücksicht auf parteipolitische oder religiöse Anschauungen die Einheit, die Geschlossenheit. Mit Recht erwiderte auf die Worte Kirddorfs der freisinnige Abgeordnete Gotthein-Breslau: „Die Unternehmer lehnen es lediglich deshalb ab, mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln, weil sie befürchten, ihr Herrenstandpunkt könnte dadurch leiden.“ In einer gebiessenen Rede erwiderte dem Industriegewaltigen auch der frühere Unterstaatssekretär Dr. v. Rottenburg. Er sagte in bezug auf die von Kirddorf angegriffenen Arbeiter:

In meiner Auffassung, daß die Zeichenbesitzer im Unrecht waren, als sie in dem Streit im Ruhrgebiete jede Verhandlung mit den kontraktbrüchigen Arbeitern ablehnten, bin ich noch durch die Fiktion der Protokolle der Syndikatskenneten besetzt worden. In mehreren derselben ist von dem Bruch von Lieferungsverträgen in einer Weise gesprochen worden, die nicht die geringste Spur von moralischer Unterstützung erkennen läßt. Herr Geheimrat Kirddorf hat in einer Enquete erklärt, er kenne fast keinen von ihm im Jahre 1873 geschlossenen Vertrag, der überhaupt gehalten worden sei. Nun frage ich Herrn Geheimrat Kirddorf, hat er alle diejenigen, welche sich solchen Kontraktbrüchen schuldig gemacht, als Outlaw* behandelt. Und wenn er das nicht getan hat, woher nimmt er das Recht, einen kontraktbrüchigen Arbeiter als Outlaw zu behandeln? Daß es eine Herrenmoral, die auf den bekannten Satz hinausläuft: Ja, Bauer, das ist etwas anderes. . . Herr Geheimrat Kirddorf sagt uns: Wenn die Syndikate Fehler machen, so liegt das daran, daß sie eine junge Institution sind. Weht uns Zeit! Schon gestern habe ich dagegen geltend gemacht, daß man mit diesem Einwande ein Jahrhundert lang jede Intervention des Staates in das Wirtschaftsleben bekämpft hat, daß die Geschichte aber denselben als in vielen Fällen unzutreffend erweist. Ich habe dargestellt, wie die geradezu empörende Behandlung, welche die in den Fabriken beschäftigten Kinder seitens der französischen, der englischen, der rheinischen Fabrikanten in den ersten Jahrzehnten vorigen Jahrhunderts erfahren haben, sich keineswegs damit entschuldigen lasse, daß das Fabrikwesen eine neue Institution gewesen sei, betreffs deren man noch nicht genügende Erfahrung besitze. Bedurft es der Erfahrung, um einzusehen, daß man diese unglücklichen Wesen nicht bis zu 14 Stunden gegen 2 Groschen Lohn beschäftigen durfte, daß es eine Grausamkeit war, dieselben mit Peitschenhieben zur Arbeit zu zwingen, wie das in Frankfurt geschehen ist bis in die 40er Jahre hinein? . . . Und weiter: Herr Geheimrat Kirddorf hat erklärt: Ich werde niemals mit Arbeiterorganisationen verhandeln, denn dieselben sind sozialdemokratisch. Zum Beweise dafür hat er gesagt: Ich glaube, ich meine, ich denke und schließlich eine Neuherung eines sozialdemokratischen Blattes vorgelesen. Ja, meine Herren, das erinnert fast an das Falstaffsche: Gründe siehe unter Vrombeeren. Eine langjährige Geschichte, die Erfahrungen zahlreicher Arbeitgeber, das Urteil verschiedener Fabrikinspektoren steht den Arbeiterorganisationen zur Seite. Einem solchen Beweismateriale muß man doch andere Argumente entgegensetzen. Aber selbst wenn seine Behauptung zuträfe, so wäre sie noch nicht konkludent. Denn Arbeiterorganisationen können erst dann ihren wahren Wert zeigen, wenn sie — wie wir das wollen — zum Mitraten und Mittaten gezogen werden.

Wie schon am ersten Tage, war es bei diesem Punkte auch wieder Professor Weber-Marburg, der in scharfster Weise die heutige reaktionäre Wirtschaftspolitik, „die für die sozialdemokratischen Führer bares Geld sei“, geißelte. Es müsse der Masse aber klar gemacht werden, daß an maßgebender Stelle die Absicht bestehe, bessere Zustände herbeizuführen. Die Arbeiter müßten Politik treiben! Es müßten aber selbständige Gewerkschaften geschaffen werden, die für die Rechte der

Arbeiter eintreten und sich auch politisch betätigen unter Ausschaltung aller Parteiherrschaft. Entschieden wandte sich der Redner gegen den Vorschlag Schmollers, dem Staate einen Einfluß auf die Aktiengesellschaften durch staatliche Direktoren und Aufsichtsräte zu gewähren. Er halte die Minister für Geschäftsleute, die nicht geeignet seien, die Vertretung der Bergwerke durchzuführen. In Preußen könne heutzutage kein Minister den Anspruch erheben, ein Staatsmann zu sein. Neben anderen Rednern wandte sich auch der Arbeiterssekretär Erkelenz-Düsseldorf gegen Kirddorf, durch dessen Ausführungen der Friede im Ruhrreviere zur Unmöglichkeit gemacht sei. „Die Bergarbeiter, die hier öffentlich derartig beleidigt und beschimpft worden sind, werden sich das merken; ich befürchte, ein neuer Bergarbeiterstreik, der nicht lange ausbleiben dürfte, wird mit noch größerer Heftigkeit geführt werden.“

Nach einem Schlußworte Schmollers, in dem er seinen Standpunkt verteidigte und heftige Angriffe gegen Raumann richtete, war dieser Punkt, da bekanntlich Beschlüsse auf diesen Kongressen nicht gefaßt werden, erledigt. Wir betrachten diese Verhandlungen lediglich als einen Anreiz dazu, mit Energie die gewerkschaftliche Arbeit zu fördern, ohne welche die deutschen Arbeiter nie zu einer beachtenswerten Macht und zu einem Einflusse in Staat und Gesellschaft gelangen können. Daß sich der Kongress auf einen so entschiedenen Standpunkt gegenüber den Industrieevidualen stellen mußte, ist ebenfalls ein Beweis dafür, daß hier kein Rückwerk mehr hilft, sondern ganze Arbeit gemacht werden muß. Der Verein für Sozialpolitik wird freilich in seiner heutigen Verfassung die sich ergebenden Konsequenzen nicht ziehen können; er wird gemäß seiner Auffassung, daß wir doch in der besten aller Welten leben, immer wieder in den Strudel der heutigen Verhältnisse hineingezogen, so lebhaft diese Vereinigung auch sonst gegen die Schäden der Zeit protestiert. Die Arbeiterklasse muß von der Mannheimer Tagung die Ueberzeugung mit fortnehmen, daß in erster Linie die Arbeiterschaft selbst sich ihren Platz an der Sonne zu erkämpfen hat, und daß im tiefsten Sinne des Wortes die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiter selbst sein muß. Ohne daß wir hierbei alle die Kräfte ausschalten, die in Theorie und Praxis unsere Emanzipationsbestrebungen stützen und stärken.

Einiges zum Protokolle.

In einem stattlichen Bande präsentiert sich das Protokoll der Dresdener Generalversammlung den Kollegen. Mit seinem Inhalte von über 200 Seiten enggedrucktem Geze, stellt es ein Dokument dar für das Ringen um Fortentwicklung unserer Organisation, um Verbesserung unserer materiellen wie geistigen Lebenshaltung. Beim Durchlesen des Protokolls sind mir einige Mängel aufgefallen, die nach meiner Ansicht einer Abänderung bedürfen.

Um es zu einem wirklichen Nachschlagewerk zu gestalten, aus dem man die divergierenden Meinungen über irgend eine Frage mit Leichtigkeit ersehen kann, wäre wohl von Vorteil, in Zukunft ein Sach- und Sprechregister dem Protokolle voranzustellen. Aber ein anderer Uebelstand ist es, der hauptsächlich Bedenken erregt. Bei der jetzigen Fertigstellung des Protokolls ist es den einzelnen Rednern — ob allen weiß ich nicht — unmöglich, Unrichtigkeiten, die sich in dasselbe hineingeflüchten haben, vor der Drucklegung richtig zu stellen. Die achtstündige tägliche Dauer der Verhandlungen macht es natürlich einem einzigen Stenographen sehr schwer, die einzelnen Ausführungen genau verfolgen zu können, und es schleichen sich Gedanken und Sätze in das Stenogramm, die nicht richtig erfaßt sind. Um derartige Unrichtigkeiten zu verhindern, müßte vor Drucklegung des Protokolls den verschiedenen Kollegen, die so vorlaut waren, ihre Meinung zu sagen, Einsicht in das Stenogramm gegeben werden. Wie leicht ganz irreführende Sätze sich einschleichen, dafür ein Beweis, der gleichzeitig als Richtigstellung dienen möge. Seite 59 läßt mich das Protokoll folgenden Satz aussprechen:

„Nun verdienen aber nicht alle Kollegen 15 bis 18 Mark pro Woche, sondern wir haben leider eine große Anzahl Gehilfen, die das Doppelte verdienen.“ Daß dieser Satz unrichtig ist, wird wohl jeder ohne weiteres zugeben. Um so unrichtiger ist er aber, als gerade meine Ausführungen dahin gingen, den Nachweis zu führen, daß der heutige Minimallohn, der oftmals den Maximal-

lohn darstellt, ein zu niedriger ist. Ganz abgesehen von meiner Person, erscheint es mir doch sehr leicht möglich, daß mir bei einer beliebigen Gelegenheit dieser Satz als Zeichen meiner Rückständigkeit entgegengeworfen wird unter Berufung auf das Generalversammlungsprotokoll. Da nun wohl, wie ich annehme, die meisten der Delegierten unserer Generalversammlungen mehr oder weniger in der Arbeiterbewegung tätig sind, müßte ihnen doch wohl eine Kontrolle über das, was sie gesagt haben, folgen, zu liegen. Genau wie es mir geht — ich habe von vielen Schwestern nur einen erwähnt —, wird es anderen Delegierten gehen. Bei den Tagungen der verschiedensten Korporationen, der Parlamente, des Parteitagung usw. wird notwendigerweise das vom Redner korrigierte Stenogramm dem Protokolle zugrunde gelegt, möge in der Zukunft bei unseren Generalversammlungen ein Gleiches geschehen.

Berlin.

Hans Weber.

Der Achtstundentkampf in den Vereinigten Staaten.

So sind wir also mitten im Gewühle der Schlacht, denn infolge des schon gemeldeten brüskierten Verhaltens der Unternehmerorganisation auf ihrer Versammlung in Niagara, und nachdem die Typotetae in Chicago ihre Geschäfte rundweg als „Open Shops“ bezeichnet, damit also jedes Uebelereinkommen mit der International Typographical Union gebrochen hatte, mußte auch von uns der Kampf sofort, und zwar überall im Lande aufgenommen werden, obwohl wir programmgemäß erst Anfangs nächsten Jahres damit beginnen wollten. Denn einzelnes Vorgehen wäre selbstredend schon deshalb unratig gewesen, weil man dadurch die unermüdbaren Herren Arbeitswilligen systematisch von Ort zu Ort hätte bringen können, ob mit oder ohne Schutz von Onkel Sam. Da die Geschäftsfonjunktur momentan fast überall im Lande eine ziemlich gute ist, da ferner ein großer Teil der Prinzipalvereinigung eine gegenteilige Meinung von ihrem die Zügel allzustramm spannenden Vorstande hat, konnte es geschehen, daß heute schon verschiedene Tausende Mitglieder unserer Union den Achtstundentag ab 1. Januar erreichten. Außerdem haben nach dem letzten offiziellen Berichte etwa 2000 Mitglieder die Frage teilweise geregelt. Aus allen bis jetzt in den Streit getretenen Städten laufen die Nachrichten günstiger ein, als wir sie nur irgend erwarten konnten.

Es ist zu hoffen, daß, da in den nächsten Tagen abermals Kontrakte in verschiedenen Städten ablaufen, wiederum wesentliche Zugeständnisse gemacht werden dürften. Bis zum 23. September waren 224 Druckorte im Besitz des Achtstundentages oder aber treten bestimmt am 1. Januar in denselben.

Unter den Städten, die teilweise bereits vollständigen Sieg errungen haben, teilweise noch eine geringe Zahl Streikende haben, aber überall von großem Entusiasmus berichtet, nimmt St. Louis eine nennenswerte Stellung ein. Bekanntlich faßte der dortige Ortsverein der englischen Kollegen vor einigen Monaten den Beschluß, auf den Achtstundentag zu verzichten, dafür aber eine von den Arbeitgebern angebotene Lohnerhöhung anzunehmen. Begreiflicherweise konnte die Zentralleitung dies nicht billigen, mußte vielmehr die Lokalanterie St. Louis, da diese auf ihrem Standpunkte verharrete, einfach ausschließen. Dies war ein Verstoß fürs ganze Land, ein Ruf zum Streite. Wie die Lage in genannter Stadt heute ist, zeigt ein Telegramm vom 20. September: 95 Geschäfte, darunter die größten, haben unterzeichnet; zehn weigern sich; der Achtstundentag ist unsicher. 128 Mann im Streik. Ein späteres Telegramm besagt, daß nur noch acht Geschäfte mit 88 Mann ausständig sind. In Chicago haben bereits 220 Offizinen, in denen über 2000 Mann beschäftigt sind, unterzeichnet; 550 Mann aus 23 Geschäften im Streik. Aus Cincinnati (Ohio) wird berichtet, daß 72 Druckereien mit 175 Mann bis jetzt nachgegeben haben. In Albany gelang es 300 Mann, durch einen eintägigen Ausstand die Forderung durchzubringen; die Orte Winesfeyon (Mich.), Topeka (Kan.) und Boone (Iowa) meldebten einen vollen Sieg, in Toledo (Ohio) haben alle größeren Firmen bewilligt und in Racine (Wis.) erreichten 324 Gehilfen den Achtstundentag und 30 Proz. Lohnerhöhung. Kurz, aus allen Teilen des Landes laufen die Nachrichten ein. Und, was mitunter noch beachtenswert ist: der öfters wahrzunehmende Zusatz: Typotetae broken (zerplittert sich). Da ein ziemlich nennenswerter Kampffonds vorhanden und unsere Reigen durchgehends angefüllt der Sachlage opferwillig sind, dürfen wir einen glänzenden Sieg erwarten, der freilich auch da und dort noch hart erkämpft werden muß. Namentlich kommt hierbei New York in Betracht, in welcher Stadt der Kontrakt mit den „Bossen“ erst Anfangs nächsten Jahres abläuft, bis dahin aber wieder mancher billige Süßling zu kaufen und verhandelt sein wird. Werden doch jetzt schon riesenhafte Anstrengungen seitens der Unternehmer gemacht, das siegreiche Vordringen der Gehilfen abzuwehren; so gelang es in Springfield (Ohio), einen Einhaltsbefehl zu erwirken, d. h. es wurde den Gehilfen befohlen, Streikbrecher von der Arbeit abzuhalten, also abzufangen und abzuschieben. In Chicago hat man Stenographinnen an Segmaschinen beordert, und da dieses Experiment angeht, glückte sein soll, will man den bereits tätigen 25 Seherinnen weitere 75 zusetzen. Die bedauerliche Ausperrung eines Zeitungspersonals in Toledo veranlaßte

* Outlaw = Gewährloser.

die dortigen deutschen Seher zu einem Sympathiestrick. Also neben den zahlreichen und schönen Erfolgen werden doch verschiedene „Herren im Hause“ durch ihren Widerstand noch erbitterte Kämpfe veranlassen; es muß daher und um so mehr vor Zuzug gewarnt werden, als absolut nur Druckerinnen, die in englischer Sprache, und zwar so ganz anders wie in der Heimat, arbeiten, in Betracht kommen.

Indianapolis.

Korrespondenzen.

Barmen-Glücksfeld. Der Maschinenmeisterverein „Wuppertal“ feierte am 30. September sein diesjähriges Stiftungsfest im Hellerischen Lokale in Barmen. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt, was wohl der Reichhaltigkeit des Programms zuzuschreiben war. Den musikalischen Teil hatte die kleinste Kapelle der Welt (fünf Geigewisser Feller im Alter von 9 bis 16 Jahren) übernommen, deren Kunst von mehreren Kapellmeistern schriftlich anerkannt ist. Der Gesangsverein Synagoga-Barmen, unter der vorzüglichen Leitung des Komponisten G. W. Uthmann, verschönerte das Fest durch einige Liebesvorträge. Sodann hat sich in Barmen ein Zitherklub gebildet, welcher in der Mehrzahl aus Kollegen besteht, der an diesem Abend zum ersten Male zur Beschönigung eines Festes beitrug. Den Hauptpreis übten sechs Mitglieder des dramatischen Vereins Unter-Barmen durch zwei Theateraufführungen aus, wofür reichlich Beifall gesendet wurde. Das Fest ist außerordentlich gelungen, es sei allen Mitwirkenden auch an dieser Stelle der Dank ausgesprochen.

Rz. Berlin. (Brandenburgischer Maschinenseherverein.) In der Vereinsversammlung vom 1. Oktober wurde nach Erledigung einiger interner Punkte die Lage unsers Arbeitsmarktes besprochen und dabei konstatiert, daß die Situation eine sehr starke ist. Einen schweren Stand haben die Typographen. Die Nachfrage nach Linotypsehern floriert im besondern, doch seien auswärtige Kollegen gewarnt, ohne Anfrage an den Vorstand bzw. die Zentralkommission hierorts Konditionsangeboten Folge zu geben, da die meisten dieser Angebote nur als Unbilligkeiten gelten. Nach wenigen Wochen geht die Arbeit zu Ende, und der einzige „Erfolg“ ist Ueberlastung des hiesigen Arbeitsmarktes. Namentlich beliebt es einigen Firmen auch, für die Maschinenseher zurzeit die Praktiken des Aussehung zu pflegen. Seit einigen Monaten haben in mehreren kleineren Offizinen Linotypes ihren Einzug gehalten. Die Geschichte muß nun nicht so recht klappen, denn die Seher sollen jetzt herhalten: Rekordleistungen und — Minimum! Die Gehältern sollen also die in den drei geschobene Karre herausziehen. So verlangt die Firma Raab & Co. „kleine“ Leistungen fürs Minimum — 700 bis 8000 Buchstaben. (Hier wäre den schriftstellersnden Kollegen, die die „Tausende“ nur so auf's Papier schmierern, Gelegenheit gegeben, ihren Maschinenseherberuf zu beenden!) Darum müßte die Parole nochmals lauten: Vor jeder Konditionsannahme muß angefragt werden! Unter „Technisches“ beleuchtete Kollege Jopp die Maschinenseherei in „Buch- und Steinbruder“, der in seiner Septemberrummer die Beschreibung einer amerikanischen Statistik mit der Aufforderung an die deutschen Kollegen eröffnet, daß dieselben gleichfalls die Kolonnen des „Buch- und Steinbruder“ füllen mögen, wie es in amerikanischen Fachblättern geschieht. Was für „nubringender“ Stoff diese technische Erde für Maschinenseher jedoch habe, davon zeugen einige Notizen. Es wird den deutschen Kollegen die Kunde, daß ein Chicagoer Seher in 4 1/2 Arbeitsstunden 453 000 Ums (m), also 10 000 m in der Stunde gesetzt habe. Dann hat der „Champion“ der Linotypseher der Welt — William Stubbs — ein Lehrbuch herausgegeben über Anweisungen für „Schnellhasen“. Derartige Methoden, so führte der Meierent aus, mögen für irgend einen Sport angebracht sein. Man könnte ja darüber hinwegsehen, wenn nicht der Championtitel von dem naiven technischen Redigenten erwähnt worden wäre. Wo kommt dieser Titel her? Hat je ein Wettseher der Linotypseher der Welt stattgefunden? Könnte sich ein organisierter Kollege überhaupt dazu hergeben? Die Organisierten können derartige Bestrebungen nur als Unfug bezeichnen. Die Fachblätter sollten doch einsehen, daß den deutschen Maschinenseher derartiger amerikanischer Rößl nicht konvenieren, vielmehr ihren Abkommen eine gediegene technische Belehrung angedeihen lassen. Nicht die Fülle des Stoffes, sondern der Extrakt müßte maßgebend sein. Pflicht der Redaktionen sei es, derartigen Zeilenhindern den Boden ihrer unfruchtbaren Tätigkeit zu nehmen, sonst schädigen sie nur den betreffenden Stand, statt ihn zu fördern. Das Leben sei zu ernst, als daß man mit einem Zeuse, mit Epikuren derartige kindertümlichen treibe. Reicher Beifall lohnte den Referenten. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten wurde die von 85 Mitgliedern besuchte Versammlung geschlossen.

L. Dresden. (Maschinenseher.) Auszug aus dem Protokolle der Oktoberversammlung.) Der Artikel des Kollegen Fetz-Berlin, in dem dieser eine Stundenleistung von 7000 bis 8000 Buchstaben als Norm für ältere Seher hinstellt, und meint, daß auch 10 000 Buchstaben ganz gut geleistet werden können, rief einen lebhaften, abfälligen Meinungsaustausch hervor. Alle Redner waren darin einig, daß es geradezu unverantwortlich leichtsinnig von Fetz sei, eine derartige Ansicht, und noch dazu als Maschinenseher, zu veröffentlichen. Von Kollegen, die mit

Fetz zusammengearbeitet haben, wurde direkt bestritten, daß er inslande sei, den Beweis für seine Behauptungen zu erbringen. Entweder stelle sich Fetz nur so, oder er habe wirklich keine Ahnung davon, was aufmerksame Angaben über Leistungen der Maschinenseher auch von den Vorgesetzten gelesen und ad notam genommen werden. Eine Erklärung für Fetz' Handlungsweise fand man nur in der Vermutung, daß die Reklame von irgend einer Seite besonders klingend belohnt worden sei; diese Meinung stütze man auf die Tatsache, daß Fetz sich seinerzeit hier in Dresden ein Gutachten habe bezahlet lassen, das damals gegen die Leistungsfähigkeit der Linotype verwandt wurde. Die Dresdener Maschinenseher (und wohl nicht nur diese) sind der Ansicht, daß sich Fetz' Schreibereien genau auf derselben Höhe bewegen und ebenso „ernst“ zu nehmen sind wie die des Magdeburger Maschinenmeisters Kühnast. Vom Berliner Gewerkschaftsvorstande erwarten die Dresdener Maschinenseher, daß er Herrn Fetz auf die Finger klopft, damit ihm die Lust zu derartigen, die übrigen Kollegen schädigenden Nebenverdiensten vergeht. Wenn solche Renommistereien seitens einzelner Herren fortgesetzt werden, dann dürfte es nun wohl endlich an der Zeit sein, daß sich die zuständigen Stellen einmal mit der Frage beschäftigen, ob solche Leute noch würdig seien, sich Verbandsmitglieder zu nennen.

Göttingen. Da seit längerer Zeit sämtliche hiesige Kollegen dem Verbandsangehörigen und die Mitgliederzahl auf vierzehn angewachsen ist, sind die Mitglieder zur Gründung eines Ortsvereins übergegangen, um, wenn auch sämtlich in einem Geschäft tätig, die Kollegialität in und außer dem Geschäft besser zu pflegen und somit auch die Verbandsinteressen zu fördern.

Leipzig. (Mitgliederversammlung am 29. September.) Der Vorsitzende gab Bericht über den Erfolg der für die Mitglieder der sogenannten Zweiten Klasse am hiesigen Orte ausgeschriebenen Ummesse. Danach haben sich weit über 200 zur Aufnahme in den Verband gemeldet, von denen jedoch nur 116 für aufnahmefähig erkannt wurden, während die anderen aus verschiedenen Gründen (zu hohem Alter, minderwertiger Arbeitsleistung usw.) zurückgewiesen werden mußten. Ein schöner Erfolg, wenn man bedenkt, daß hierdurch der Zweiten Klasse die lebens- und steuerkräftigsten Elemente entzogen werden. Zwei der Uebergetretenen im „Leipziger Tageblatt“ erhielten wegen ihrer nunmehrigen Zugehörigkeit zum Verbands vom dortigen Faktor Richter, Vorstandsmitglied der Zweiten Klasse, gekündigt, welche Kündigungen allerdings auf Vorfälligwerden wieder rückgängig gemacht wurden. Bezeichnend ist es jedenfalls, wie derartige Leute glauben, das den Arbeitern gesetzlich gewährte Koalitionsrecht beschränken zu können. Des weitern gab Kollege Engelbrecht ein anschauliches Bild über die Verhältnisse in verschiedenen maßgebenden Druckereien, aus welchen Darlegungen immer wieder aufs neue zu erhellen ist, daß der Organisation noch viel, sehr viel zu tun übrig bleibt, um endlich einen einigermaßen zufriedenstellenden Zustand herbeizuführen. Rigorose Kündigungen gegen jahrgelinteltung in den betreffenden Firmen befristigte Gehältern waren mehrfach zu verzeichnen, und nur deshalb, weil diese Sklaven der Arbeit sich einmal gestatteten — krank zu sein. Einzelne noch bestandene längere Kündigungsfristen sind oder werden nun endlich auf wiederholtes Zwingen des Gewerkschafts beseitigt, wenn es auch beauerlich zu konstatieren ist, daß einzelne Mitglieder sich gegen die Lösung der untariflichen Kündigung sträubten. Bei der Firma Madell & Hille war eine solch eigenartige Arbeitszeit eingeführt worden, daß sich der Gewerkschaftsverband anlaß sah, dem Zentralvorstande diesen Arbeitsplan zu unterbreiten, welcher denn auch umgehend sich in Verbindung mit der Druckerei legte und von dieser die Erklärung einer Ueberbung ihrer Arbeitszeiteinteilung bekam. Sonderbar muteten auch die Ausführungen über die „Leipziger Volkszeitung“ an, an deren Rotationsmaschine auf Vorfälligwerden ein zweiter Maschinenmeister engagiert werden sollte (siehe auch vorigen Versammlungsbericht). Wenn nun auch ein solcher noch nicht eingestellt worden, so war doch der dazu in Aussicht genommene teilweise schon vormittags in der „Volkszeitung“ tätig, um — nachmittags nach Halle zu fahren und dort seine rotationsmaschinenmeisterliche Tätigkeit weiter auszuüben, angeblich, weil der als Ersatz für ihn einzustellende Kollege krank sei. Um endlich einmal ein anschauliches Bild über das Ueberverwundwesen zu bekommen, ist vom Gewerkschaftsverband ein Kartensformular ausgearbeitet worden, welches wöchentlich von den Ueberstunden leistenden Kollegen auszufüllen, vom Vertrauensmann gegenzuzeichnen und einzuschicken ist. Zu welcher schamloser Weise sich in dieser Beziehung einzelne prostituieren, geht daraus hervor, daß in der Firma Fischer & Wittig mehrere Maschinenmeister von früh 7 Uhr ununterbrochen bis andern Tags früh 5 Uhr gearbeitet haben, um nach zweifündiger Erholung weiter zu schinden, und mehrfach ist dort die Tatsache zu verzeichnen, daß der „Lohn“ für Ueberstunden mehr als der Wochenlohn beträgt. Daß sowohl gegen solche Firmen als auch gegen solche „Mitglieder“ einmal energisch vorgegangen werden muß, liegt wohl auf der Hand. Die Monotypgesellschaft, die im hiesigen Buchgewerbe eine permanente Ausstellung ihrer Maschinen unterhält, sucht noch immer von auswärts Lernende für ihre Taft- und Viehapparate zu engagieren. Da der Absatz dieser Maschine in letzter Zeit ein sehr beschränkter war, auch an eine Besserung desselben nicht zu denken ist, kann vor Eingehung eines solchen Engagements nur gewarnt werden; denn nach Beendigung der Lehrzeit ist auch die Monotypseherberuflichkeit zu Ende, da die Firma keinerlei Verpflichtung für eine eventuell

zu besetzende Stelle übernimmt. Also: Lernet nicht, Ihr seid gewarnt! Zum zweiten Punkte der Tagesordnung rief das Wort Herr Professor Hermann Ritter-Würzburg zu seinem Vortrage: „Religion, Kunst und Wissenschaft“. In geistvoller Weise und fesselnder, etwa einfündiger Rede verstand es der Vortragende, die sehr gut besuchte Versammlung bis zum Schlusse zu interessieren. Seinen Ausführungen wurde reichster Beifall zu teil.

Stuttgart. Die Vereinigung der Stereotypen- und Galvanoplastiker hielt am 30. September ihre gut besuchte Generalversammlung ab. Auf das von uns Anfang des Jahres an 14 Brudervereine ausgesandte Rundschreiben betreffs Agitation für die Aufnahme der Stereotypen- und Galvanoplastiker in den Tarif erhielten wir sieben Antworten in zummiendem Sinne, nur Leipzig vertrat seinen Sonderstandpunkt. Gemäß der Aufforderung der hiesigen Handwerkskammer, zur Prüfungskommission für das Galvanoplastikergewerbe einen Gesellenbesitzer vorzuschlagen, wurde Kollege Schumacher abgeordnet. Der Mitgliederstand beträgt am Schlusse des Berichtsjahres 38. Technische Fragen wurden in fast jeder Versammlung erörtert, auch hielten verschiedene Mitglieder technische Vorträge. Der vom Kassierer vortragene Kasienbericht weist einen guten Stand auf. Sodann wurde der alte Ausschuss wiedergewählt. Zu bedauern ist nur, daß die Kollegen in der Provinz trotz vielfacher Aufforderung sich nicht entschließen können, mit uns gemeinsam an der Verbesserung unrer Lage durch Anschluß an unsre Vereinigung mitzuarbeiten.

H. Weimar. In der letzten Versammlung unsers Ortsvereins nahm Gewerkschaftsleiter Palm Gelegenheit, unter anerkennenden Worten der langjährigen, gegenwärtigen Tätigkeit des Kollegen Gustav Hille, der mit dem 1. Oktober von seinem Amte als Kassierer zurücktrat, zu gedenken. In den verschiedensten Leitern habe dercheidende sein reiches Wissen und Können in den Dienst der Kollegenschaft gestellt, deshalb werde sein Name im Gau Osterrand-Thüringen und darüber hinaus stets mit Achtung und Hochachtung genannt werden. Im Auftrage des Gaus überreichte der Redner ein Erinnerungsgeschenk (Uhr mit entsprechender Widmung), worauf Kollege Hille in seinem Dankesworte den Wunsch durchdrückte, die Kollegen möchten ihm ein gutes Andenken bewahren, auch wenn er nicht mehr aktiv sein werde. Seit längerer Zeit schon ist Kollege Hille invalide. Möge es ihm vergönnt sein, noch lange Jahre der weitem Entwicklung unsers Gaus mit Interesse zu folgen. In derselben Versammlung erfolgten die Ergänzungswahlen zum Gauvorstande, deren Ergebnis bereits mitgeteilt wurde. Die Kollegen Schreiner und Köllisch, die viele Jahre als Bezirkskassierer bzw. Reisekassierer tätig waren, traten wegen Ueberlangens der Kassierengehälter auf den angestellten Verwalter ebenfalls von ihren Posten zurück. Wie dem Kollegen Hille, so gehört auch den beiden letztgenannten aufrichtiger Dank für die von ihnen entfaltete erprießliche Tätigkeit.

Rundschau.

Ueber die lehtmalige Gehälternprüfung in München wird uns offiziell mitgeteilt: Am 8. Oktober fand in den Betriebsräumen der Firma J. Schön die Prüfung der Buchdruckergehältern statt, an welcher sich 34 Prüflinge (21 Seher- und 13 Druckergehältern) beteiligten. Die Aufgaben für Seher im theoretischen Teile ließen größtenteils zu wünschen übrig. Im praktischen Teile waren dagegen sehr gute Erfolge zu verzeichnen, und wurden dementsprechend fast durchweg gute Noten erzielt. Besonders im Buchtitelhefte waren einige sehr gute, stilgerechte Leistungen zu verzeichnen. Von den Druckerlehrlingen erhielten zehn die erste Note. Nach den neueren Prüfungsbedingungen waren dem Prüfungsausschusse auch die in den letzten beiden Schuljahren gefertigten Zeichnungen vorzulegen. Dabei wurde die Wahrnehmung gemacht, daß die besseren Zeichner auch die besten Arbeiten im Nebenjahre lieferten. Leider ist ein unverhältnismäßig großer Teil der Lehrlinge in den Fortbildungsschulen von Zeichenunterricht dispensiert. Es wird Aufgabe der neu zu errichtenden Fachschule sein, diesem Teile der gewerblichen Ausbildung entsprechende Pflege angedeihen zu lassen.

Konturseröffnung: Buchdruckerei Georg Leonhard Knoll in Nürnberg.

Der Moskauer Seherfreier wird nach Privatmeldungen noch längere Zeit andauern, weil die Druckereibesitzer keine Zugeständnisse machen wollen. Die streikenden Seher protestierten gegen die Behauptung, sie wären hervorragend an den Unruhen beteiligt gewesen, und beschloßen, nicht mehr truppweise in den Straßen zu erscheinen. Im übrigen herrscht in Moskau ein drohtisches Drunter und drüber, der Brotmangel macht sich infolge des Wädertreifs sehr fühlbar.

Eine Geheimdruckerei des lettischen sozialdemokratischen Komitees ist in Libau in einem Keller von der Polizei entdeckt worden.

Wegen Bürgermeister- und Stadtverordnetenbelegung wurde der Druckereibesitzer Zimmermann in Wittenfels zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die Belegung ist geschehen in einem Flugblatte zu den dortigen Stadtverordnetenwahlen, das nicht einmal die Druckfirma trug, weshalb Zeugen und Sachverständige benommen werden mußten.

Eine Beleidigung des sächsischen Kriegsministeriums muß der Redakteur Karl Schmidt von der „Zeit am Montag“ in Berlin mit einem Monate Gefängnis büßen. Er hatte einen Artikel „Vom gefährlichen Moloch“ gebracht, war wegen desselben vom Landgerichte freigesprochen worden, das Reichsgericht hatte aber dieses Urteil aufgehoben.

Bei den Gewerbegerichtsverfahren in Mannheim, die zum erstenmale nach dem Proportionalwahlsysteme stattfanden, entfielen auf die Liste des Gewerkschaftsartikels 4664, die christlich-soziale 847 und die kirchlich-Dunderische Liste 479 Stimmen. Das Gewerkschaftsartikell erhält also 27, die Christlich-sozialen erhalten 5 und die kirchlich-Dunderischen 3 Sige. Seitens der Arbeitgeber fielen auf die Liste des Fabrikantenvereins 454, des Gewerkschaftsartikells 89 Stimmen. Dieses erhielt 7, der Fabrikantenverein 28 Sige.

Gegen die guten Sitten verstößt nach Ansicht des Berliner Kaufmannsgerichtes — und nach anderer Leute Meinung erst recht — ein Monatsgehalt von 25 Mk. Das Landratsamt in Mührungen (Südpreußen)judt aber einen Kanzleigehilfen zu einem Monatsgehälte von 15 bis 20 Mk.! Dieses landrätliche Bureau ist also eher ein Lehrinstitut für angehende Hungerkünstler als eine staatliche Musteranstalt.

Eine absonderliche Sozialpolitik scheint bei dem Magistrate in Braunschweig in Kurs zu sein. Wie aus einer Mitteilung des dortigen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe hervorgeht, werden Steinmetzarbeiten der Stadt an Braunschweiger Unternehmer deshalb nicht mehr vergeben, weil dieselben ihren Arbeitern freiwillig Lohnzugehörigkeiten gemacht haben. Nach dieser Logik müßte der Braunschweiger Magistrat ansiprende Unternehmer prämiieren, weil den Forderungen der Arbeiter nicht nur nicht entsprochen, sondern gleich auf das Ganze gegangen wird.

Die Nichtanwendbarkeit des § 153 der Gewerbeordnung bei Aussperrungen ist in letzter Zeit einigemal von Gerichten anerkannt worden. Wesentlich ist der zitierte Paragraph, der Galgen für das im § 152 a. a. O. gewährte Koalitionsrecht, zu einem förmlichen Ausnahmegehe gegen die Arbeiterschaft geworden. Da bei Heranziehung des § 153 immer auf Gefängnis erkannt werden muß, obwohl meistens nur einfache Beleidigungen in Betracht kommen, für die der Weg der Privatklage beschritten werden müßte, so kommen Arbeiter massenhaft wegen Lappalien ins Gefängnis. Die Forderung nach Beseitigung dieses Ausnahmeparagraphen ist deshalb eine alte, bis jetzt leider aber noch unerfüllte Forderung. Daß die Nichtanwendbarkeit dieses Genesparagraphen bei Aussperrungen hin und wieder anerkannt wird, eröffnet wenigstens einen Hoffnungsstrahl auf Verminderung der sogenannten Streikurteile. Die Gerichte müssen von Arbeiterseite aus dazu gedrängt werden. sich der neuern Ansicht über die Heranziehung des § 153 nur bei Streiks anzupassen. Wir werden nachfolgend über einige Fälle berichten, wo dieser Versuch geglückt ist. In Nürnberg sollte dem Antrage des Staatsanwaltes gemäß ein Buchdruckmaschinenmeister eine Woche Gefängnis abmachen, weil er einen Arbeitswilligen wiederholt Streikbrecher geschimpft hatte, was der Angeklagte auch zugab. Der Verteidiger machte darauf aufmerksam, daß die Voraussetzungen des § 153 nicht gegeben seien, weil nicht ein Streik, sondern eine Aussperrung in Betracht komme. Daß der Arbeitswillige von der Fabrikleitung später hinausgeworfen sei, könne nicht auf das Konto des Angeklagten kommen; überhaupt fehle jeder Nachweis, daß der Angeklagte auf den Arbeitswilligen irgendwie eingewirkt habe. Wenn man jemand bei seinem richtigen Namen nenne, so sei das keine Beleidigung, und wenn der Ausdruck eine Ehrenkränkung enthalte, so sei dies darauf zurückzuführen, daß eben das Verhalten des „Streikbrecher“ Titulierten gegen die Arbeiterlehre verstoße. Fühle sich der Arbeitswillige über seine richtige Bezeichnung beleidigt, so hätte er Beleidigungsklage stellen sollen, mit § 153 habe der Vorfall nichts zu tun. Das Schöffengericht sprach dann den Angeklagten dem Antrage der Beleidigung entsprechend frei. — Während der Metallarbeiteraussperrung in Bayern verurteilten einige Metallarbeiter in Augsburg mehrere Arbeitswillige zu überreden, sich mit den übrigen Aussperrten solidarisch zu erklären, und gebrauchten dann, als dies keinen Erfolg hatte, Ausdrücke wie „charakterlos“, „Pfui Teufel, schäm Dich“ und „An Dir ist Hopfen und Malz verloren“. Hingekommene Schutzleute machten Anzeige, und die Folge waren Strafbescheide auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung. Die damit Bedachten erhoben Einspruch mit der Begründung, daß sie nicht nach § 153 bestraft werden können, denn diese Aussperrung habe keine Bestrebungen „zur Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“ als Grundlage gehabt, sondern sie waren ein Willkürakt der Unternehmer. Als Sachverständiger geladen und eidlich vernommen wurde der Sekretär des Metallarbeiterverbandes, der erklärte, daß die Aussperrung Bestrebungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht als Grundlage hatte. Hierauf beantragte der Anwalt selber die Freisprechung sämtlicher Angeklagten. Das Urteil lautete auch auf Freisprechung unter Ueberbürdung der Kosten auf die Staatskasse mit der Begründung, nach dem unter Eid abgegebenen Gutachten des Richters der Aussperrten könne der § 153 der Gewerbeordnung keine Anwendung finden, und es mußte daher Freisprechung erfolgen. Es liegt zwar eine Beleidigung der Arbeitswilligen vor, ein Straf-

antrag nach dieser Richtung hin sei aber nicht gestellt. — Der dritte, ebenfalls in Augsburg spielende Fall betraf die Beleidigung eines Arbeitswilligen, der am Tischlerstreik sich nicht beteiligt hatte. Die mit Strafmandaten von zwei und drei Tagen Gefängnis „Beglückten“ behaupteten aber und erbrachten den Beweis, daß sie den Arbeitswilligen durch die Beleidigungen und Bedrohungen nicht zwingen wollten, an den Bestrebungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, also am Streik teilzunehmen, sondern die von ihrer Seite gefallenen Beleidigungen seien nur eine Erwiderung gewesen auf die von dem (halbverrückten) Arbeitswilligen ohne allen Grund gegen die Streikposten gefallenen Beschimpfungen. Der Anwalt wollte aber jeden der Angeklagten mit einem Tage Gefängnis bestrafen. Die Verteidiger bemerkten demgegenüber, daß der § 153 der Gewerbeordnung — ein Ausnahmegehe — nicht mehr zeitgemäß sei. Der Ausdruck Streikbrecher sei keine Beleidigung und auch keine Ehrenkränkung, denn in vieler Leute Augen gelte der Streikbrecher als höchst ehrenwerter Mann. Das Wort Streikbrecher sei lediglich ein technischer Ausdruck. Das Urteil lautete auch in diesem Falle auf Freisprechung sämtlicher Angeklagten unter Uebertragung der Kosten auf die Staatskasse, da das Gericht sich den Ausführungen der — bürgerlichen — Verteidiger vollkommen angeschlossen.

Die Rechtsgleichheit in Deutschland ist nur ein imaginärer Begriff, dafür können wir wiederum einige Beispiele erbringen. In Köln wurden zwei Arbeiter mit je zwei Wochen Gefängnis bestraft, weil sie zu einem Streikbrecher gesagt hatten: „Hast Du jetzt genug gearbeitet, dann besonmst Du auch Deinen Lohn“, und: „Warte, wir sind noch nicht fertig“. Es waren das harmlose Drohungen, aus denen nichts wurde. Als kürzlich in Langenbielau aber ein Arbeitswilliger ohne jede Ursache einen Streikenden mit einem Ziegelsteine bedrohte, schickte die Staatsanwaltschaft ein Einspruchs gegen den Streikbrecher ab. — Weiter: In Plauen i. V. beschimpfte ein Maurerpöler nicht nur einen bescheiden um Arbeit anfragenden Menschen, sondern bedrohte denselben auch mit den Worten: „Ich nehme einen Knüttel und schlage Dir die Knochen kaput“. Der also Bedrohte stellte Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft, doch diese ersinnete ihm, daß sie die Verfolgung des Maurerpölers ablehne. Eine dergartige Drohung sei nicht strafbar, da nach § 241 des Reichsstrafgesetzbuches nur die Bedrohung mit einem Verbrechen geahndet werde. Wenn der Maurerpöler ein Ausländer und der Bedrohte ein Streikbrecher gewesen wäre, würde jedenfalls, wie in dem Falle oben in Köln, eine Bestrafung wegen Bedrohung mit einem Vergehen eingetreten sein. — Einen netten Vergleich wollen wir noch zum Schlusse bringen. Ein Bierbrauereibesitzer in Köln verlangte von einem jungen Kellner zu Unrecht 10 Mk. Wechselgeld heraus. Der Kellner verweigerte die Herausgabe. Da schlug der Brauereibesitzer den jungen Menschen über den Kopf, würgte ihn, schlug ihn noch mehrmals und warf ihn dann die Treppe hinunter. Der Mißhandelte mußte nach der Samaritanerstation getragen und sodann in das Krankenhaus transportiert werden. Der gewalttätige Brauereibesitzer erhielt nur 20 Mk. Geldstrafe. Dagegen wurde unlängst von der Staatsanwaltschaft in Saarbrücken eine arme Frau zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Frau hat sich an der Berghalde der Grube Kohlenstücke angeeignet, die als wertlos mit dem Schutte von der Bergverwaltung auf die Halde geschüttet wurden, auf die der Bergbesitzer demnach keine Besitzansprüche mehr erhebt. Sie konnte also nach natürlichen Rechtsbegriffen höchstens wegen Hausfriedensbruches, begangen durch unberechtigtes Betreten des bergfälligen Terrains, belangt werden, nicht aber wegen Diebstahls; das Wegnehmen eines herrenlosen Objektes ist nicht strafbar. Solche juristische Monstrositäten passieren nun in dem Lande mit dem bewußten vollendeten Rechtsargunnen. Wie mag es da erst in den Staaten hergehen, die in den Rechtsbegriffen und Rechtsgrundrößen weniger vollkommen sind als — angeblich — Deutschland? Nun, wir meinen: schlimmer auch nicht!

Wozu Bebel's Jenaer Rede über den politischen Massenstreik herhalten muß, das zeigte eine Schöffengerichtsverhandlung in Neurøde i. S. Der Berliner „Vorwärts“ berichtete hierüber folgendes: „Ein organisierter Bergmann sollte in einer Versammlung die Militärvereiner beleidigt haben. Der Anwalt beantragte 10 Mk. Geldstrafe mit der sonderbaren Begründung, daß der Angeklagte ein sozialistischer Agitator sei, denn daß der Bergarbeiterverband sozialdemokratisch, das beweise zur Genüge die Rede Bebel's in Jena. Der Gerichtshof war derselben Ansicht; aber da der Angeklagte ein sozialdemokratischer Agitator sei, so fülle er die Strafe nicht, denn diese zahle der Verband oder die Partei, deshalb sei auf drei Tage Gefängnis erkannt worden.“ Das kann ja noch gut werden, wenn diese — merkwürdigen Ansichten Berallgemeinerung finden.

Die Aktion gegen den Fleischwucher hat seit unserm letzten, in Nr. 114 gegebenen Ueberblicke wohl an Umfang zugenommen, von irgend einem Erfolge ist aber noch nicht das Geringste zu merken. Im Gegenteil — Bodebielsky's Stellung ist heute gefestigter als vor einigen Wochen. Der agrarische preussische Landwirtschaftsminister war kürzlich ein paar Tage beim Kaiser in Rominten, hat dort seinen Vortrag über die Frage der Fleischverteuerung gehalten — „und alles war wieder gut“, wie es sonst in Jena, hier aber bedauerlicherweise in Wirklichkeit heißt. Und doch hat sich Rod, der nun wieder oben auf ist und

weiter in urwüchsigen Bonnots macht, bis auf die Knochen blamiert. Die „Deutsche Fleischzeitung“ in Berlin erinnerte nämlich dieser Tage den bewährten Sachwalter der Agrarierinteressen in einem offenen Briefe daran, daß er am 11. August erklärt habe, der Mangel an guten Schlachtschweinen sei in vier bis fünf Wochen behoben und damit auch die Zeit der Fleischverteuerung vorüber. Damals hätten auf dem Berliner Schlachtviehmarkt gekostet: Schweine bester Qualität 69 Mk., zweiter Qualität 64 bis 68 Mk. pro Zentner; am 7. Oktober 71 Mk. bzw. 69 bis 70 Mk. Beste Mastfäbber kosteten damals 84 bis 88 Mk., mittlere Mastfäbber 73 bis 80 Mk. pro Zentner Schlachtgewicht. Jetzt stelle sich der Preis für beste Mastfäbber auf 87 bis 91 Mk., für andere auf 77 bis 84 Mk. In Wirklichkeit würden aber vielfach für beste Ware gegenwärtig noch höhere Preise bezahlt. In dem offenen Briefe heißt es im Anschlusse an diese Vergleiche dann wörtlich: „Diese unüberlegbaren Tatsachen geben den unumstößlichen Beweis, daß Ew. Erzellenz in bezug auf die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft am 11. August sich im Irrtume befunden haben. Ein solcher Irrtum ist aber für die Ernährung, für die Latkraft und das Wohlfinden von vielen Hunderttausenden von Menschen nicht nur verhängnisvoll, sondern von unabsehbarer Tragweite. Möchten daher doch Ew. Erzellenz auf das schnellste alle die Maßnahmen treffen, welche erforderlich sind, Ihren Irrtum vom 11. August auszugleichen.“ Wie aus weiteren Darstellungen über den durchschnittlichen Preisstand des Fleisches in den 23 größten Marktorten hervorgeht, hat sich der Kilogrammpreis erhöht für Rindfleisch (Keule) von 155 Pfg. im August auf 159 Pfg. im September, für Rindfleisch (Bauch) von 133 auf 137 Pfg., für Schweinefleisch von 167 auf 172 Pfg., für Kalbfleisch von 158 auf 166 Pfg., für Hammelfleisch von 154 auf 156 Pfg., für inländisches geräucherten Speck von 179 auf 185 Pfg. und für inländisches Schweinefleisch von 175 auf 178 Pfg. Seit dem Januar dieses Jahres wäre also Schweinefleisch um 37 Pfg., Kalbfleisch um 23 Pfg., Speck um 32 Pfg. und Schmalz um 20 Pfg. pro Kilogramm verteuert worden. Daß Bodebielsky mit seiner Propheetengabe so gründlich hereingefallen ist, damit kann ihm niemand imponieren d. h. vor seinen icken Bauch stoßen. Mit ein paar Wigen histt man sich über solche Situationen hinweg, denn „mein Auto ist jehezt“, d. h. Rod scheint wieder die Sonne, welche, brauchen wir wohl nicht zu jagen. Mit welcher Frivolität von agrarischer Seite das Vorhandensein einer Fleischnot bestritten wird, das hat ein Agrarierauspüttung, der bekannte Defononierat Ring, jüngst bewiesen. Auf eine Anfrage aus Stettin schrieb nämlich dieser Bodebielsky'sche Eieshelfer: „Wenn ein Vieh- oder Schlachtmangel in Stettin ist, so liegt es lediglich an der Böswilligkeit der Händler oder Schlächter. Wir könnten Stettin mit Schlachtvieh zusättigen, oder aber wenigstens den Händlern und Schlächtern nachweisen, wo sie solches kaufen können.“ Darauf antwortete die „Ditzzeitung“ mit gutem Spotte: „Wohlan, schütte er; aber zu Preisen, welche die Stettiner Bevölkerung zu zahlen in der Lage ist! Wenn ihm das gelingt, so garantieren wir, daß ihm die Stettiner Fleischer auf dem Schlachthofe eine Ehrensäule errichten und sein Kontor sei in Del in ihren Innungsstuben aufhängen.“ Diese Schreihälfe von Agrariern sieht eben mit der Zeit so frech und unverschämmt geworden, daß sie mit ihrem wügerischen Treiben gar nicht mehr hinter dem Berge halten. Wurde doch neulich in der „Deutschen Tageszeitung“, dem Hauptorgan des Bundes der Landwirte, allen Erstes empfohlen, möglichst viel Kartoffeln an das Vieh zu verfüttern, damit durch die gute diesjährige Kartoffelernte die Preise nicht heruntergehen! Bis jetzt hat nur ein einziger Konservativer, was ja gleichbedeutend ist mit Agrarier oder agrarisch geimnt, die Ehrlichkeit besessen, die bestehende Fleischnot in gewissen Grenzen anzuerkennen. Graf Udo Stolberg soll sich nämlich an den Reichszanzler gewandt haben mit dem Eruchen, eine Ermäßigung der Eisenbahntarife für lebendes Vieh eintreten zu lassen, damit diese den Konjumenten zugute kommen könne. Das ist aber weniger als ein Edeinittel und darum undistutabel. Wie schlimm die Dinge schon geworden sind, kann man auch daran ersehen, daß der Oberchlesische Berg- und Süttenverein sowie verschiedene Handelskammern jener Gegend die preussische Regierung förmlich mit Eingaben befürmen um eine Erhöhung des Schweineinfluzkontingentes für den oberchlesischen Industriebezirk. Es wird darin auf die Unterernährung der Arbeiter, auf die zunehmende Not, die täglich steigende Unglücksbedeutung, die schwere Schädigung der ganzen oberchlesischen Industrie durch diese augenblicklichen Zustände sowie den den staats-erhaltenden Parteien daraus erwachsenden „unermesslichen Schäden“ hingewiesen. Den Bezug von Seefischen und den Verkauf derselben zum Selbstkostenpreise haben ferner beschloffen oder schon eingeführt die Magistrate von Posen, Dortmund, Saarbrücken und Neusiedel. Leider steigen aber auch die Seefische jetzt ganz erheblich im Preise und andere Lebensmittel zu allem Unglücke auch. Ein weiterer Versuch zur Linderung der Fleischnot soll in Sachsen-Weimar mit der Abhaltung von regelmäßigen Kantinenmärkten in den größeren Städten gemacht werden. Das Karnidel und der Sgel kommen also zu Gnaden — die Fleischnot wirkt demnach einfach kulturell. In bayerischen Landtage die Sozialdemokratie durch den Abgeordneten Segl schon einen herzhaften Vorstoß gegen das Verhalten der Regierungen dem jetzigen ostentundigen Notstande gegenüber unternommen. Mit welchem Erfolge aber?

Fortsetzung in der Beilage.

Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 120. — Sonnabend den 14. Oktober 1905.

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

Daß der Minister Feilich unter der Zustimmung der Liberalen und des Zentrums nach echt preussischer Vorlage das Gespenst der Seuchengefahr an die Wand malen konnte! Die einzige Rettung bleibt also der Reichstag, da ist doch die agrarische Mehrheit nicht so erdrückend. Die Entsendung einer Deputation des deutschen Städte-tages an den Reichstag, welcher Beschluß von der in Berlin versammelt gewordenen Konferenz der Vertreter der größeren deutschen Städte gefaßt wurde, ist zwar ganz gut gemeint, nützen wird dieser Schritt aber nichts, denn Bülow hat ja schon einmal erklärt, daß er auf Volkslisten nicht einwirken kann — und Bod war doch in Rominten! Das deutsche Volk wird also noch weiter und noch ein bißl kräftiger schreiben müssen. Lernen wir doch von den Agrariern!

Die Photographen, Retoucheure und Licht-drucker Leipzigs sind fast sämtlich ausständig. Die Prinzipale haben die Gegenforderungen der Gehilfen für das Eingehen einer Preiskonvention mit ihnen abgelehnt. In der Gewerkschaftsüberficht wird demnach nächstes über diesen Konflikt zu lesen sein. — In Offenbach a. M. sollte bis zum 14. Oktober von den Lithographen und Steindruckern die Kündigung eingereicht sein. Die Prinzipale haben den eingereichten Tarif abgelehnt, sie wollen nur einem allgemeinen Tarife für Deutschland zustimmen. — In der Hannoverischen Maschinenbauaktiengesellschaft ist die in der vorigen Nummer bereits avisierte Gesamtaussperrung zur Laitsache geworden. — Der Holzarbeiterstreik in Fürth wird weiter geführt werden, weil die Unternehmer sich dem Schiedsspruch des Einigungsamtes nicht fügen wollen. Leider erklärten sich nun die Christlichen und die Kirch-Dundexianer für die Arbeitsaufnahme; es soll jedoch eine große Mißstimmung in diesen Kreisen gegen den Beschluß des Wiederanfangens bestehen, so daß ihm wohl nur schwach nachgegeben werden wird. — Um ihre Lohnforderungen nicht noch länger hinstrecken zu lassen, sind die Pfisterer in Köln in den Ausstand getreten. — In Vera ist der Streik der Textilarbeiter bei vier Firmen mit der Kündigung der Arbeiter in den übrigen Fabriken beantwortet worden. Auch wird die Kündigung aller Arbeiter der Betriebe des Verbandes schiff-thüringischer Webereien für diese Woche in Aussicht gestellt. Es kommt also zu dem vorausgesagten großen Kampfe in der mitteldeutschen Textilindustrie; mit Ablauf der vorigen Woche waren 5000 Arbeiter gekündigt oder ausständig. — Ob die Aussperrung in der Berliner Metallindustrie am 14. Oktober die angekündigte Erweiterung durch Entlassung von noch über 20000 Arbeitern gefunden hat, wird sich bei Erscheinen dieser Nummer schon erwiesen haben. Am Mittag des 12. Oktober (Redaktionsstich dieser Nummer) standen die Sachen so, daß am 13. Oktober nachmittags 4 Uhr die Entscheidung fallen sollte, nachdem am Vormittage jenes Tages die Aussperrten in ihren Versammlungen zu dem neuesten mündlichen Ultimatum der Gesellschaften an die Zentralstreikleitung Stellung genommen haben. Gewiß ist, daß in den Kreisen der Industriellen Unstimmigkeiten herrschen wegen der beabsichtigten Ausdehnung der Aussperrung. Der Kampf vollzieht sich sonst in größter Ordnung, trotzdem wurden an einem Tage in ganz kurzer Zeit dreißig Streikposten verhaftet. Das alte Schauspiel in Berlin. Gegen die aussperrenden Gesellschaften wird das Webergericht in zahlreichen Fällen angerufen werden, da viele Arbeiter ausgesperrt wurden, ehe sie ihre übernommenen Arbeit beendigt hatten. In Berlin sind ferner die Etuiarbeiter in den Ausstand getreten, weil ihre Forderungen abgelehnt wurden. — Der Streik der Damenschneider in Köln hat einen erfolgreichen Ausgang genommen. Erst wurde unternehmerseitig jede Verhandlung abgelehnt, jetzt ist aber ein Tarif zustande gekommen. — Auch der Ausstand der Weber in Reichsbach i. Schl. ist mit einem erfreulichen Resultate für die Arbeiter ausgegangen. Es sind nicht alle Forderungen durchgedrückt, aber der Behn-hunzentag, höhere Löhne und ein Tarifvertrag sind erzielt worden.

In Amsterdam haben die jüdischen Schlächtermeister einen regelrechten Streik durchgeführt, weil die für Benutzung der jüdischen Fleischhalle zu zahlenden Abgaben erhöht werden sollten. Die Gesellen zogen auf Streikposten, damit kein Fleisch eingeführt werde, und die Meister gewannen denn auch in kürzester Zeit, d. h. die Abgaben wurden auf der alten Höhe belassen. Nun haben aber auch die Gesellen Schmerzen, schon seit dem Februar warten sie auf Erfüllung ihrer Forderungen; jetzt, nachdem sie den Meistern so tatkräftig geholfen, sind sie aber wieder mit einem Versprechen betrogen worden. Sind das dumme Kerle! — In Paris sind die Münzengießer ausständig und die Münzwerkstätten deshalb geschlossen. In Seinebabel und Frankreich droht also der „Draht“ auszugehen.

Gestorben.

In Aachen am 8. Oktober der Buchdruckereibesitzer Albert Jacobi sen., 68 Jahre alt.
In Altona-Ottensen am 11. Oktober der Buchdruckereibesitzer Chr. Adolff.
In Basel am 2. Oktober der Sezer August Erny aus Unter-Vogberg, 20 Jahre alt.
In Beuthen (O-Schl.) am 4. Oktober der Sezer Theodor Reß aus Posen, 48 Jahre alt — Herzleiden.
In Dresden am 29. September der Sezer Gosiwin Hüffner aus Kappel bei Chemnitz, 52 Jahre alt.
In Flensburg der Drucker Karl Guttan aus Neustadt in Holstein, 32 Jahre alt — Gehirnerkrankung (Unfall im Vereine).
In Hamburg am 6. Oktober der Sezer Gustav v. Glaan von da, 24 Jahre alt — Lungenleiden.
In Lobberich am 3. Oktober der Buchdruckereibesitzer Eduard Peters, 60 Jahre alt.
In Nürnberg der Sezer Christof Weiland von da, 28 Jahre alt — Drüsenleiden.
In Stettin am 30. September der Drucker Oskar Schliep, 33 Jahre alt.
In Wien am 24. September der Drucker Georg Penias, 43 Jahre alt; am 27. September der Sezer Wabaler Petrit, 36 Jahre alt.
In Zürich am 30. September der Sezer Kaspar Bachmann aus Sehratorf, 44 Jahre alt — Herz-lähmung.

Briefkasten.

F. R. in Bingen: Die Adresse des Kollegen Kräfte ist so richtig; wir können uns daher nicht denken, daß Ihre Einbung als unbefehlbar zurückkam. — M. R. in Bingen: Wer die Korrektur eventuell die Revision geleistet hat, ist dafür verantwortlich. — W. M. in Stuttgart: 3,05 Mk. — M. S. in Hamburg: 3,30 Mk. — H. in Flensburg: 4,55 Mk. — G. in Flensburg: 4,30 Mk. — A. R. in Chemnitz: Beachten Sie die in voriger Nummer des „Corr.“ nach Wiesbaden gerichtete Briefkastennotiz. — S. D. in Altona-Ottensen: Inserat kostet 4,05 Mk. — D. E. in Landsberg a. L.: Ueber derartige Jubiläen berichten wir nicht. — R. S. in Dresden: Bei uns ist nichts eingegangen. — E. R. in Großsichtersee: Wir verweisen Sie auf den Inferatenteil. — P. D. in Magdeburg: Besten Dank, auch an den Kollegen W., für freundliche Bemühung. Versuch wird natürlich unternommen. — B. M.: Nicht an Kollegen P., sondern an Kollegen Kriechbauer, und vor bejagter Versammlung. — A. B. in Vera: Läßt sich nicht schreiben, gelegentlich persönlich. Gruß!

Druckfehler. In der Korrespondenz aus Stuttgart, den Württembergischen Maschinenfabrikanten betreffend, in Nr. 117 muß es in der vierten Zeile „Süddeutschland“ statt Deutschland heißen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepfah 5, III.

Bezirk Köln. Als Delegierter zum Gantage in Stettin wurde Kollege Toboldt, zum Stellvertreter Kollege Dittmar gewählt.

Jüterbog. Wegen Einführung des Tarifes haben unsere Mitglieder in der Druckerei von R. Stod hier selbst die Kündigung eingereicht.

Adressenveränderungen.

Essen (Ruhr). (Maschinenfabrikvereinigung Rhein-land-Westfalens.) Vorsitzender: F. Müller, Guttrop bei Essen (Ruhr), Grenzstraße 2a, II.

Mannheim. (Mittelrheinische Maschinenfabrikvereinigung.) Vorsitzender: H. Lebuchen, H 4, Nr. 23, 2 Tr. links.

Mülheim (Ruhr). Vorsitzender: J. Schumacher, Auguststraße 12.

Korden (Ostpr.). Vorsitzender: M. Graver, Norden-Efel; Kassierer: B. Hohen, Kleine Mühlenstraße 7.

Plauen i. B. (Maschinenmeisterklub.) Vorsitzender: Max Krause, Senauststraße 6, I.

Sangerhausen. Vorsitzender: August Schröter, Katharinenstraße 6.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Berlin die Sezer J. Walter Coutureau, geb. in Brandenburg 1881, ausgel. das. 1900; 2. Karl Hempel, geb. in Berlin 1884, ausgel. das. 1903; 3. Heinrich Hüttmann, geb. in Harburg 1879, ausgel. das. 1897; 4. Jakob Junginger, geb. in Gerstetten 1882, ausgel. in Pullingen 1900; 5. Arthur Kojiolet, geb. in Beuthen 1872, ausgel. in Breslau 1891; 6. Paul

Pinnemann, geb. in Berlin 1883, ausgel. das. 1901; 7. Fritz Lenkeit, geb. in Tempelhof 1883, ausgel. in Schöneberg 1902; 8. Ernst Liebig, geb. in Dresden 1874, ausgel. das. 1892; 9. Max Roffow, geb. in Berlin 1883, ausgel. das. 1902; 10. Georg Schulke, geb. in Berlin 1881, ausgel. das. 1899; 11. Max Sulanke, geb. in Berlin 1886, ausgel. das. 1904; 12. Emil Tennigkeit, geb. in Maguit 1886, ausgel. das. 1904; 13. Ernst Wiefenthal, geb. in Landsberg a. W. 1878, ausgel. das. 1897; 14. der Drucker Johannes Viering, geb. in Berlin 1883, ausgel. das. 1901; waren schon Mitglieder. — Franz Stolle in Berlin S 42, Ritterstraße 88, I.
In Emden der Sezer Albin Hude, geb. in Langen-salza 1876, ausgel. in Emden 1897; war noch nicht Mitglied. — F. Preuß in Leer (Ostfriesland), Alte Markt-straße 46.

In Frankfurt a. M. die Sezer 1. Wilh. Böß, geb. in Frankfurt a. M. 1881, ausgel. das. 1900; 2. Emil Barth, geb. in Mettingen 1885, ausgel. in Göttingen 1903; waren schon Mitglieder; 3. Edouard Gores, geb. in Mors (Belgien) 1883, ausgel. in Frankfurt a. M. 1904; 4. der Schweizerdegen Franz Heil, geb. in Würz-burg 1878, ausgel. in Frankfurt a. M. 1895; waren noch nicht Mitglieder. — Karl Dominé, Wielandstr. 2, III.
In Marienberg (Westerbald) der Sezer Heinrich Soltan, geb. in Limburg a. d. L. 1886, ausgel. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — In Wiesbaden der Sezer Theodor Görz, geb. in Born (Unterarnheim) 1883, ausgel. in Wiesbaden 1901; war schon Mitglied. — Frh. Badert in Wiesbaden, Rheingauerstraße 3.

In Wülfausen i. E. die Sezer 1. Eugen Kettler, geb. in Kirheim 1880, ausgel. das. 1898; 2. Kaver Fichter, geb. in Thann 1886, ausgel. das. 1903. — Alb. Klein, Synagogenstraße 17.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Die Herren Verwalter wollen dem Sezer Louis Hezer aus Sonneberg, geboren am 29. September 1862, das noch in seinen Händen befindliche Quittungsbuch abnehmen, da Hezer nicht mehr Mitglied ist.

Gamm i. W. Das Verkehrlokal befindet sich jetzt Ritterstraße 7, Restaurant „Zum Salamander“. Die Herren Verwalter der benachbarten Zahlstellen wollen die reisenden Kollegen hierauf aufmerksam machen.

Jauer i. Schl. Wiederholt werden die durchreisenden Kollegen darauf hingewiesen, daß sich der Fremdenverkehr im „Gasthofe zu den drei Rosen“ befindet. Das Vastitutium für Ausgehene und Nichtbegünstigte wird vom Vorsitzenden Paul Wiedemann in der Buchdruckerei Hellmann & Co. ausgezahlt.

Köln. Dem sich auf der Reise befindenden Sezer Jens Hanfen (Nr. 1588 Dänemark) wurde angeblich in Remscheid die Reiselegitimation gestohlen. Er erhielt eine neue mit dem Vermerke „Duplikat“ ausgestellt. Die Herren Verwalter werden gebeten, dem Vorzeiger der Legitimation ohne Buch keine Unterstützung auszugeben.

Wieneburg. Die Herren Weisefasserverwalter werden ersucht, dem Sezer Albert Hartwig aus Wolzin (Haupt-buchnummer 32663, Nordwest 1045) 2 Mk. abzujehlen und portofrei an R. Nebete, v. Sternsche Buchdruckerei, einzuliefern.

Schwerin i. M. Als Weisefasserverwalter fungiert von jetzt ab Kollege F. Wilken. Die Auszahlung erfolgt wie bisher.

Ulm. Vom 15. Oktober ab befindet sich der Verkehr für durchreisende Kollegen bei Weiß („Zur Bierhalle“) in Neu-Ulm. Auch wird Sonntags dort die Reiseunterstützung ausgezahlt.

Versammlungskalender.

Berlin. Vereinsversammlung den 10. Oktober, 8 1/2 Uhr abends, im „Bevorkaufshaus“, Engelauer 12.
Bodum. Maschinenmeistervereinigung Sonntag den 15. Oktober, morgens 10 Uhr.
Bremen. Bezirksversammlung Sonntag den 15. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, in der „Hanshaller“, Altona-weg 5.
Gesehinde-Bremervorhaben-Ges. Versammlung Sonntag abends den 14. Oktober, 8 1/2 Uhr abends, im Vereins-lokale in Gesehinde, Geeststraße.
Hagen i. B. Versammlung Samstag den 14. Oktober, 8 1/2 Uhr abends, im Vereinslokale E. Brenne, Gode-straße.
Heide i. Holst. Versammlung Sonnabend den 14. Okto-ber, abends 8 1/2 Uhr, im „Kaiserhof“.
Heidelberg. Versammlung Samstag den 14. Oktober, abends 9 Uhr, im Vereinslokale „Stadt Düsseldorf“.
Ludwigshafen a. Rh. Versammlung Samstag den 14. Oktober, abends 1/2 Uhr, in den „Vier Jahreszeiten“, Ecke der Kaiser Wilhelm- und Bismarckstraße.
Münster. Versammlung Sonnabend den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Berliner Hof“ (Saboy).
Niederrhein. Versammlung Sonnabend den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale F. Schütz, „Stadt-Samburg“.
Schwelm i. M. Allgemeine Buchdrucker-versamm- lung Donnerstag den 19. Oktober im Restaurant „Burg Hohenzollern“, Großer Moor 19.

Kleine Buchdruckerei

(Friedrich) v. Kranck, z. verf. Hing. 3500 Mt.
B. Dff. u. „Bayern“ 939 a. d. Geschft. d. Bl. erb.

Gebrauchte

Kompletzgießmaschinen

System Souder, zu kaufen gesucht. Werte Angebote mit Preisangabe und Nummer der Maschinen an die Geschäftsstelle d. Bl. unter K. 917 erbeten.

Gesucht Herren, welche in größter Offizin arbeiten u. Verrenkonkurrenz. Briefl. über. **Hoher Lebensverdienst** Lustn. kostenlos. [812]
Herrn. Wolf, Zwickau in Sachsen, Eschauerstraße 40.

2 tüchtige Maschinenmeister

für Wert- und Plattendruck auf dauernd gesucht. Eintritt spätestens 23. Oktober. Werte Offerten mit Gehaltsforderung und Angabe bisheriger Tätigkeit erbeten. [921]
A. W. Hays Erben, Potsdam.

Buchdruckmaschinenmeister der Elektromotor und Fassapparat kennt, stereotypieren kann und Papierentwürfe hat, gesucht. Bezahlung nach Tarif. Stellung dauernd. Werte Offerten erb. an **Albin Klein,** Verlagsdrucker, Gießen. [922]
Stotter und korrekter

Typographseker

der nachweislich schon in größerer Wertdruckerei gearbeitet hat, in dauernd Stellung gesucht. Werte Offerten mit Angaben über bisherige Tätigkeit befördert die Geschäftsstelle d. Bl. unter Nr. 929.

tüchtige Galvanoplastiker.

Stellung dauernd und gut bezahlt.
Galvanoplastik, G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 16, Ausgang 9. [923]

Kautschukstempelfabrik sucht einen wirklich tüchtigen Abformer und Vulkaniseur. Ausführ. schriftl. Offerten an Schallhorn & Glaue, Berlin, Stralau-Allee 17 B.

Graveur

gesucht. Solche, die mit der Galvanoplastik vertraut sind und schon in Schriftgießerei gearbeitet haben, erhalten den Vorzug. [897]
Brütz & Glock Schriftgießerei, Frankfurt a. M.

Schriftseker

mit allen vorerwähnten Arbeiten vertraut, an der Maschine nicht unerfahren, sucht zum 30. Oktober Stellung. Werte Offerten erb. an **Schriftl. Hermann, Waidorf (Warttbg.).**

Der Seker **Rudolf Donit** aus Eßling wird geb. seine Adresse in nicht Angelegenheit an **G. Brandt, Rawitzsch, Zudener 160,** gelangen zu lassen. Die Skoll. werden gebeten, denselben hierauf aufmerksam zu machen. [934]

Ortskrankenkasse

der Graveure, Ciseleure u. anderer künstlerischer Gewerbebetriebe zu Berlin SO 16, Engelufer 15, Zimmer 23.

Montag den 23. Oktober 1905 im Restaurant „**Dresdener Garten**“, Dresdenstr. 45:

Wahlversammlung.

Abends 5 bis 6 Uhr: Wahl für Arbeitgeber. Wahl von 73 Arbeitgebervertretern für das Jahr 1906.
Abends von 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr: Wahl für die Arbeitnehmer. Wahl von 147 Arbeitnehmervertretern für das Jahr 1906.

Neben Wahlberechtigung und Wahlbarkeit siehe § 49 des Statuts. [918]
Der Vorstand: G. Brückner, L. Borßinger.

Typographia

*** Gesangsverein ***
Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer.

Sonntag den 20. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, in den „**Arminialäen**“, Kommandantenstraße 20:

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Vorstandes; 2. Vereinsmitteilungen; 3. Statutenberichtigung (Anträge hierzu sind bis **Freitag den 20. Oktober** in Vorhande einzureichen); 4. Wahlrecht des Vorstandes; 5. Berichtendes. Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen werden die Mitglieder gebeten, vollständig und pünktlich zu erscheinen. **Der Vorst.** [936]

Gutenbergverein Stuttgart.

Samstag den 21. Oktober, abends 8 Uhr, findet in „**Finkeleiders Saalbau**“ die Feier des

43. Stiftungsfestes

unfers Vereins statt, wozu unsre verehrlichen Mitglieder sowie die Verwandtenmitglieder Stuttgarts und der umliegenden Drukerfreunde herzlich eingeladen sind. **Der Ausst.** [913]

„Typographia“ Geestemünde.

→ **Zehntes Stiftungsfest** ←
Sonnabend den 21. Oktober im „**Grain-schwinger Hof**“ zu Geestemünde. — Alle Kollegen der umliegenden Drukerfreunde sind herzlich eingeladen. **Der Vorst.** [916]

Hamburg-Altona.

Sonntag den 22. Oktober, vormittags 11 1/2 Uhr, in „**Tüches Etablissement**“, Balentinstamp:

Allgem. Buchdruckererversammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht der Gehilfenmitglieder des Tarifschiedsgerichtes und Neuwahl derselben; 2. Die Notwendigkeit einer eignen Vertretung des Kreises 1 (Nord). [932]
Der Einberufer.

Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona.

Sonntag den 22. Oktober, mittags 12 1/2 Uhr, in „**Tüches Etablissement**“, Balentinstamp:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Die gewerkschaftlichen Aufgaben unsers Verbandes und seine Politik (Referent: Kollege **E. Döblin**); 3. Kartellbericht. Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.** [933]

Typographische Gesellschaft, Hamburg.

Sonntag den 15. Oktober, vormittags 10 bis 2 Uhr, in „**Gossows Gesellschaftshaus**“, Schauenburgerstrasse:

Oeffentliche Ausstellung

der diesjährigen Johannistgedrucksachen (Küttnerscher Austausch) und der zum Wettbewerbe des Buchdruckervereins in Hamburg-Altona eingegangenen Skizzen. [925]

GUTENBERG * Gesangsverein Leipziger

Buchdrucker u. Schriftgießer
Dirigent: Herzogl. Anhalt. Musikdirektor **Alfred Schweibert**

Sonnabend, 21. Okt., abends 8 Uhr, im Festsale des Zentraltheaters

Feier des 11. Stiftungsfestes

unter gütiger Mitwirkung der Konzertsängerin
Fräulein **ANTONIE BECKERT, Leipzig** [914]

Zu recht zahlreicher Beteiligung ladet höflichst ein **DER VORSTAND.**

Maschinensetzer-Vereinigung Rheinland-Westfalens.

Sonntag den 22. Oktober, vormittags 11 Uhr, in **Arsfeld, im Restaurant Hohren, Petersstraße 93:**

Quartalsversammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Kasienbericht; 3. Aufnahmen und Ausschüsse; 4. Kongress 1906; 5. Die Dresdener Generalversammlung und unsre Sparte; Referent Kollege **Albrecht-Wochum**; 6. Technisches; 7. Berichtendes. [931]
Die Wichtigkeit der Tagesordnung bedingt zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder.

„Das Werk kann mit Ueberzeugung jedem Kollegen aufs wärmste empfohlen werden und vor allem sollte es in keiner unserer Bibliotheken fehlen!“
Corr. f. D. B. No. 94, 1905.

Ein Universalhausschatz menschlichen Geisteslebens. Ein Lebenspiegel. Eine Fundgrube von Gedanken aus dem Bereiche der Natur, des Lebens und der Kunst. Eine Quelle der Anregung für Geist und Gemüt. — Gedanken, Anschauungen und Betrachtungen über Natur und Leben, über Kunst und Wissenschaft in Aussprüchen von Dichtern, Philosophen, Künstlern, Schriftstellern und aus dem Volksmunde, als **Beiträge zu einer Lebenslehre** von Professor **Herm. Ritter.** 2 reich ill. Prachtbde. in Lexikonformat mit 1300 S. Text, 2 Doppel-, 34 Voll- u. 123 Textbildern à 12 Mk. **Max Schmitz, Verlagsb., Leipzig-R. 90**



Ausführ. Prospekt gratis!
Jetzt, wo der zweite Band auch erschienen ist, liegt das Riesenswerk vollständig vor. Hier kann nur wiederholt werden, ein auch nur annähernd ähnliches Buch gibt es nicht! Auch der kleinste Wunsch, nein, auch der allergrösste Wunsch findet hier seine Befriedigung, in welchem Zweige des Lebens er auch immer auftauchen mag. Dieser einzig wahren Hausbibel ist die allerweiteste Verbreitung von Herzen zu wünschen.
Julius Urgissin, „Internationale Literat.- u. Musikberichte“, 1905.
Hunderte ähnliche Urteile!

Auch gegen monatliche Teilzahlung von 2 Mark bei sofortiger kompletter Lieferung zu beziehen.

Lipsia!

Auflösungspasta für selbstgebadene Schrift. Jahrelang gefandener Satz in neuer Schrift sowie Stereotypen wird rasch dadurch gelöst und läßt sich leicht ablegen. **Pro Rito 4 Mt. 2. Marschner, Leipzig, Heidnickerstr. 21.**



Stichel für Tonplattenschnitte

à Stück einchl. Seft 75 Pf., 6 Stück 4 Mt., Vohlschiel 1,50 Mt. (Porto 10 Pf.) liefert [937]
Hermann Sasse, Halle-Zrotha.

Qualifizierte Preisliste, Ausgabe B., kostenlos.

Arno Etzold, Gera (Reuss)

Fabrik für **Berutskleidung und Wäsche**

empfiehlt sein Fabrikat: Normalarbeitskleider f. alle Berufe, speziell für **Maschinenmeister, Schriftsetzer, Buchdrucker, Lithographen** usw.
Blaue Anzüge von 2 Mk. an. —
Setzerkittel
blauweiss gestreift, echt Elbin:
140 130 120 cm lang
Qual. I 3,90, 3,15, 3,00 Mark
„ II 3,00, 2,85, 2,70 „
„ III 2,65, 2,50, 2,35 „



Für Burschen billiger. **Katalog franko.**

Nach langem schweren Leiden entschlief am 11. Oktober unser verehrter Seniorchef, Herr

Chr. Adolff.

Wir verlieren in ihm einen gerechten und loyalen Chef und werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Altona-Obdormen, 11. Oktober 1905.
Das Personal der Buch- und Steindruckerei von **Chr. Adolff.** [930]

Am 9. Oktober verschied plötzlich und unerwartet infolge eines Unfalles unser lieber Kollege und Mitglied, der Maschinenmeister

Karl Guttau

aus Neustadt in Holstein im 32. Lebensjahre. Infolge seines biedern und lauten Charakters genoss er die allgemeine Achtung in der Kollegenschaft, die ihm ein dauerndes und ihm ehrendes Andenken allezeit bewahren wird. [923]
Der Verein „**Gutenberg**“ in Flensburg (V. d. D. B.).

Schon wieder hat der Tod einen braven und tüchtigen Kollegen aus unseren Reihen gerissen. Am 9. Oktober starb der Maschinenmeister

Karl Guttau

im Alter von 32 Jahren. Durch seinen biedern Charakter erwarb er sich die Achtung seiner Kollegen, die sein Andenken stets in Ehren halten werden.

Flensburg, 10. Oktober 1905. [924]
Die Kollegen der **W. Grimmschen Offizin.**

Am 9. Oktober verschied plötzlich an den Folgen eines Unfalles unser lieber Kollege, der Maschinenmeister **Karl Guttau.** Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Der Maschinenmeisterverein Flensburg.**

Am 6. Oktober verstarb unser liebes Mitglied, der Kollege

E. v. Glaan.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Die Liedertafel Gutenberg von 1877, Hamburg.**

Am 10. Oktober verschied nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftgießer

Friedrich Halberstadt

im Alter von 46 Jahren. [926]
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Der Schriftgießerverein Hamburg-Altona.**

Tabellen zur Satzberchnung

Kid. Härtel in Leipzig-R. — 3 Mt.